Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5494**
17. Wahlperiode 13. 04. 2011

Antrag

der Abgeordneten Dorothee Bär, Markus Grübel, Michaela Noll, Peter Altmaier, Ingrid Fischbach, Norbert Geis, Thomas Jarzombek, Ewa Klamt, Katharina Landgraf, Stefan Müller (Erlangen), Eckhard Pols, Erwin Josef Rüddel, Nadine Schön (St. Wendel), Dr. Peter Tauber, Marcus Weinberg (Hamburg), Elisabeth Winkelmeier-Becker, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Miriam Gruß, Nicole Bracht-Bendt, Sibylle Laurischk, Florian Bernschneider, Heinz Golombeck, Patrick Meinhardt, Michael Kauch, Birgit Homburger und der Fraktion der FDP

Neue Perspektiven für Jungen und Männer

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Moderne Gleichstellungspolitik muss gezielt die Unterschiede in den Lebensverläufen von Frauen und Männern, von Mädchen und Jungen berücksichtigen. Lange Zeit standen berechtigterweise Mädchen und Frauen im Fokus der Gleichstellungspolitik. Entsprechend wurde das Ziel der Gleichberechtigung vornehmlich durch frauenpolitische Maßnahmen verfolgt.

Aktuelle Entwicklungen zeigen aber, dass sich die Gleichstellungspolitik zusätzlich den Jungen und Männern zuwenden muss. In den letzten Jahren sind die Geschlechterrollen in Bewegung geraten, viele junge Männer sind auf der Suche nach Perspektiven jenseits traditioneller Lebensentwürfe und stereotyper Erwartungen. Fürsorgliches Verhalten hat an Bedeutung gewonnen, der unmittelbare Lebensraum – Familie, Partnerschaft, Freundschaften – wird wichtiger.

Eine moderne Gleichstellungspolitik muss diesen Entwicklungen Rechnung tragen und entsprechend erweitert werden. Nur wenn der Überwindung von Rollenstereotypen Aufmerksamkeit geschenkt wird, werden nachhaltig Fortschritte hinsichtlich eines partnerschaftlichen Miteinanders von Frauen und Männern erzielt.

Ziel der Gleichstellungspolitik ist es dabei aber nicht, bestimmte Lebensmodelle vorzuschreiben. Es geht vielmehr darum, neue Optionen zu eröffnen und tatsächliche Wahlfreiheiten zu gewährleisten. Die Anregungen des Sachverständigengutachtens zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – Gleiche Chancen“ sind unter diesem Gesichtspunkt auszuwerten und für die Gestaltung einer innovativen Gleichstellungspolitik zu nutzen.

Um die Zukunftsperspektiven von Jungen und Männern im Rahmen einer modernen Gleichstellungspolitik nachhaltig zu verbessern, bedarf es neuer Herangehensweisen und Denkmuster. Besonders wichtig sind hierbei Anstren-

gungen im Bildungsbereich. Denn Bildung bietet eine große Chance, stereotype Rollenzuschreibungen zu erkennen und zu überwinden.

Derzeit werden Jungen allerdings häufig als „Bildungsverlierer“ wahrgenommen. Ursachen für diese Wahrnehmung sind u. a., dass nur halb so viele Jungen wie Mädchen zum Zeitpunkt der regulären Einschulung schulreif sind. In allen Bundesländern wiederholen Jungen häufiger eine Klasse und brechen die Schule häufiger ab als Mädchen. Im Lesen erzielen Jungen deutlich geringere Kompetenzen als Mädchen (Programme for International Student Assessment – PISA 2009). Das Risiko eines ungünstigen Bildungsverlaufes scheint besonders hoch zu sein bei Jungen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien.

Eine ausschließliche Fokussierung auf diese Befunde blendet jedoch aus, dass das Leistungsspektrum innerhalb der Gruppe der Jungen sehr breit ist: Sowohl unter den schlechtesten als auch unter den besten Schülern eines Jahrgangs finden sich überdurchschnittlich viele Jungen. Überdies zeigt die Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums aus dem Jahr 2009, dass es nicht zielführend ist, Pauschalurteile über „die“ Jungen zu fällen. Lehrkräfte berichten, wie negativ und demotivierend der öffentliche Diskurs über die „Sorgenkinder Jungs“ auf die Schüler selbst wirken kann, die solche Beurteilungen als Stigmatisierung erleben.

Erfolgreiche Jungenpolitik muss daher potential- und lösungsorientiert sein. Jungen brauchen Ermutigung und positive Vorbilder. Sie müssen in ihrer persönlichen Entwicklung gestärkt und in ihren Kompetenzen gefördert werden. Stereotype Zuschreibungen müssen überwunden werden.

Kindertageseinrichtungen und Schulen kommt als Bildungs- und Erziehungseinrichtungen eine besondere Aufgabe zu. Hier könnten Jungen von der Anwesenheit männlicher Pädagogen profitieren: Diese könnten Jungen ein erweitertes Spektrum an gelebten Vorbildern bieten und gegebenenfalls das Fehlen männlicher Bezugspersonen im familiären Bereich abfedern.

Entsprechend müssen diese Tätigkeitsfelder für junge Männer weiter erschlossen werden. Junge Männer erhalten dadurch auch zusätzliche berufliche Perspektiven. So dringend Fachkräfte für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege gesucht werden: Das Wohl und der Schutz der zu betreuenden Kinder muss bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber immer im Vordergrund stehen.

Auch in der Schule muss den besonderen Bedürfnissen von Jungen Rechnung getragen werden. Gleiches gilt für die Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und die Migrationsarbeit.

Zudem bedarf es in Gesellschaft und Wirtschaft einer Anerkennung und Wertschätzung neuer männlicher Lebensentwürfe, die sich jenseits traditioneller Vorstellungen und stereotyper Erwartungen bewegen.

Vor diesem Hintergrund wurde bereits im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vereinbart, eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik zu entwickeln und bereits bestehende Projekte für Jungen und junge Männer fortzuführen und zu intensivieren, so dass ihnen auch in erzieherischen und pflegerischen Berufen erweiterte Perspektiven ermöglicht werden.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat einen Jungenbeirat einberufen mit dem Ziel, im Sinne einer praxisorientierten Politikberatung die Lebenswelten und Rollenbilder von männlichen Jugendlichen zu diskutieren und dort, wo es erforderlich ist, Anregungen für geeignete politische Maßnahmen zu entwickeln.

Auch Initiativen der Bundesregierung wie das Projekt „Neue Wege für Jungs“, die Einführung eines „Boys’Day“ ab 2011 oder auch die Initiative „MEHR Männer in Kitas“ sind ausdrücklich zu begrüßen.

Unsere Gesellschaft muss sich damit befassen, wie Jungen aufwachsen und wie Männer leben wollen. Es muss gelingen, einseitige männliche Rollenzuschreibungen zu überwinden und eine neue Balance im Dreieck zwischen Beruf, Familie und Partnerschaft zu schaffen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,

1. durch geeignete Maßnahmen dazu beizutragen, das Berufswahlspektrum von Jungen und jungen Männern zu erweitern und gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Berufsinformationsmaterial und Qualifizierungsmaßnahmen so zu gestalten, dass sich mehr Jungen und junge Männer für Berufsfelder interessieren, in denen sie bisher unterrepräsentiert sind (z. B. in erzieherischen und pflegerischen Berufen);
2. zu prüfen, wie erzieherische und pflegerische Berufe etwa mit Blick auf Weiterqualifizierungen und die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Berufen attraktiver ausgestaltet und Rahmenbedingungen verbessert werden können;
3. gemeinsam mit den Bundesländern zu überprüfen, wie Angebote zur Berufs- und Lebensplanung in Schulen, Berufsschulen, Berufsinformationszentren und Jugendzentren auch geschlechterspezifisch konzipiert und durchgeführt werden können;
4. gemeinsam mit den Bundesländern die in der Berufs- und Ausbildungsberatung tätigen Fachkräfte für eine geschlechterspezifische Arbeit zu schulen;
5. im Rahmen der Initiative „MEHR Männer in Kitas“ mindestens einen Träger in jedem Bundesland zu fördern, das Programm zu evaluieren und unter Einbeziehung der Ergebnisse des Forschungsprojektes „Männer in der Ausbildung zum Erzieher und in Kindertagesstätten“ darauf hinzuwirken, dass – ähnlich wie in Norwegen – strukturelle Veränderungen erreicht werden können, damit 2015 die EU-Zielmarke „20 Prozent Männer als Erzieher“ erreicht wird;
6. den Austausch mit Norwegen zu intensivieren, um von den guten Erfahrungen Norwegens bei der Förderung von Männern in Kindertageseinrichtungen zu lernen;
7. gemeinsam mit den Bundesländern geschlechtersensible medienpädagogische Projekte für Jungen und pädagogische Fachkräfte weiterzuentwickeln, um deren Medienkompetenz zu stärken;
8. bei den Unternehmen verstärkt für lebensereignisorientierte und flexible Arbeitszeitmodelle und sog. Sabbaticals zu werben, die von Frauen und Männern gleichermaßen wahrgenommen werden können;
9. im Rahmen des Aktionsprogramms „Perspektive Wiedereinstieg“ Maßnahmen zu entwickeln, die insbesondere auch auf die Ehe- und Lebenspartner der Wiedereinsteigerinnen zielen, um die Neuverteilung der Aufgaben in der Wiedereinstiegsphase zu unterstützen;
10. bestehende Väterprojekte zu fördern, die Männer in ihrer Aufgabe als Väter stärken und hier insbesondere auch alleinerziehende Väter einzubeziehen;
11. Fachtagungen und andere geeignete Veranstaltungsformen zu organisieren, um den fachlichen Diskurs zu jungenspezifischen Themen zu befördern und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren;

12. bereits bestehende Programme und Maßnahmen der Gleichstellungspolitik der Bundesregierung weiterzuentwickeln, um Rollenbilder aufzubrechen;
13. zu prüfen, ob § 16 des Bundesgleichstellungsgesetzes dahingehend zu ändern ist, dass es sowohl Frauen als auch Männern offensteht, die Funktion einer oder eines Gleichstellungsbeauftragten wahrzunehmen;
14. Studien in Auftrag zu geben, die untersuchen, wie typische Vermittlungsprozesse von Geschlechterrollen und Handlungsmustern bei Jungen und jungen Männern verlaufen;
15. Studien in Auftrag zu geben, die untersuchen, welche Auswirkungen männliche pädagogische Fachkräfte in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen auf die Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten von Kindern haben;
16. sich bei den Bundesländern dafür einzusetzen, dass in den Schulen eine geschlechtersensible Pädagogik als Querschnittsaufgabe verankert und überprüft wird, wie Schulorganisation und Unterrichtsinhalte und -formen so ausgestaltet werden können, dass sie den spezifischen Bedürfnissen von Jungen und Mädchen gerechter werden;
17. sich bei den Bundesländern dafür einzusetzen, dass Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Schulen, der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozial- und Migrationsarbeit für eine geschlechterspezifische Arbeit geschult werden und dass bei der Elternarbeit verstärkt die Väter eingebunden werden;
18. sich bei den Bundesländern dafür einzusetzen, dass diese geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Lesekompetenz der Jungen zu stärken und ihr Leseengagement weiter zu erhöhen;
19. die Förderungspolitik gegebenenfalls nachzujustieren, wenn besondere nachgewiesene Bedarfe vor dem Hintergrund der sozialen oder kulturellen Herkunft bei Jungen und Männern erkennbar sind.

Berlin, den 13. April 2011

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Birgit Homburger und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333